

A8NEU2 Campusgrüne Grundwerte

Gremium: Campusgrün Bundesvorstand
Beschlussdatum: 08.11.2019
Tagesordnungspunkt: 10.3. Inhaltliche Anträge

Antragstext

1 EINLEITUNG

2 Die Präambel legt fest: "Campusgrün (...) setzt sich für die Verwirklichung
3 einer Gesellschaft ein, in der soziale Gerechtigkeit herrscht, die
4 Menschenrechte tatsächlich umgesetzt sind, in der niemand diskriminiert wird und
5 in der ein Gleichgewicht zwischen Mensch und Natur besteht. [Campusgrün] sieht
6 sich ferner den Grundsätzen der Gewaltfreiheit, des Feminismus und der
7 Geschlechtergerechtigkeit verpflichtet." In den vergangenen 20 Jahren ist
8 Campusgrün diesen Grundsätzen treu geblieben und als Campusgrüne wollen wir uns
9 auch in den kommenden Jahren für diese Werte einsetzen. Doch nach dieser Zeit
10 ist es sinnvoll, sich zu versichern, für welche Ideale wir uns einsetzen, erneut
11 darüber auszutauschen, was unsere Grundwerte für uns bedeuten sowie diese zu
12 schärfen und zu präzisieren. Im Folgenden sind die Campusgrün Grundsätze neu
13 aufgelistet und beschrieben. Die Bestimmungen der Satzung werden dadurch nicht
14 berührt.

15 BASISDEMOKRATISCH

16 Alles ist politisch! Und betrifft uns daher alle.

17 Alle Beteiligten müssen sich für Partizipationsmöglichkeiten aller einsetzen und
18 mit Respekt auf Augenhöhe begegnen. Sobald Menschen von Mitsprache direkt oder
19 indirekt ausgeschlossen werden, wird ihnen die Möglichkeit genommen, ihre Ideen
20 zu teilen und Lösungsvorschläge zu diskutieren. Wer also versucht, andere vom
21 Diskurs auszuschließen verletzt damit das Recht auf Teilhabe und den
22 demokratischen Prozess als Ganzes. Kein Mensch sollte dabei über einem anderen
23 stehen: Demokratische Entscheidungsprozesse schließen autoritäre Strukturen aus!

24 Es ist das Ziel von Campusgrün, an einer Gesellschaft mitzuwirken, in der alle
25 Menschen am politischen, sozialen und kulturellen Leben vollständig frei und
26 ohne Hindernis teilhaben können und in der alle Gesellschaftsbereiche
27 demokratisch und partizipativ gestaltbar sind. Deshalb ist Basisdemokratie unser
28 politisches Ideal und Leitmotiv, vom Aufbau unserer Mitgliedsgruppen, über die
29 Entscheidungsprozesse in unserem Verband bis zu unserem Einsatz in den
30 Hochschulen und der weiteren Politik. Unser Ziel soll stets sein,
31 Partizipationsmöglichkeiten zu stärken und auszuweiten sowie Menschen eine
32 politische Stimme zu geben. Autoritäre Strukturen lehnen wir daher ab und wollen
33 ihnen entschieden entgegenwirken. Aus denselben Gründen wenden wir uns auch
34 gegen jede Form der Benachteiligung und Diskriminierung: Teilhabe darf nicht von
35 zugeschriebenen Eigenschaften oder materieller Verfügung abhängen und muss allen
36 gleichermaßen offen stehen.

37 Wir entwickeln kreative und progressive Ansätze, die Demokratie überall in der
38 Gesellschaft zu stärken und sind stets offen für neue Ideen anderer Akteur*innen
39 - solange sie keine rassistischen oder sexistischen Ansätze vertreten.
40 Benachteiligungen und Barrieren wollen wir überall abbauen und richten diesen

Anspruch an alle gesellschaftlichen Akteur*innen und selbstverständlich an uns selbst. Deswegen arbeiten wir stets an den eigenen Prozessen und der gruppen- wie verbandsinternen Debattenkultur. Individuen, die in Politik und der breiteren Gesellschaft unterrepräsentiert sind oder denen auf andere Weise die Beteiligung erschwert wird, lassen wir besondere Unterstützung zukommen, z.B. in Form zusätzlicher Partizipationsmöglichkeiten. Ganz besonders engagiert wollen wir gegen Abwertung, Exklusion und jede Form der Entmenslichung kämpfen, denn das hat in Demokratien keinen Platz: Toleranz gilt gegenüber allen, außer den Intoleranten! Deshalb haben wir eine Unvereinbarkeit mit autoritären, reaktionären, elitären oder anders menschenfeindlichen Gruppierungen in unserer Satzung festgeschrieben, sowie unseren Einsatz für Vielfalt, Gerechtigkeit und die tatsächliche Umsetzung der Menschenrechte.

ÖKOLOGISCHE GERECHTIGKEIT

Aufbruch aus den rostigen Ruinen kapitalistischer Verwertungslogik – hinein in den nachhaltigen und gemeinwohlorientierten Hochschulraum

Angesichts der notwendigen sozial-ökologischen Transformation baut die ökologische Gerechtigkeit darauf auf, dass das metabolische Austauschverhältnis zwischen dem Menschen als Bestandteil der Natur grundlegend ökologisch gerechter und im Einklang mit den Tieren und Pflanzen zu gestalten ist. Nur so kann die Natur langfristig als Lebensgrundlage des Menschen und um ihrer selbst willen geschützt werden. Ökologische Gerechtigkeit schafft Bedingungen für eine ökologische Entwicklung und Erhaltung aller Spezies, für Mindeststandards einer gesunden, gefahrenlosen Mitwelt und für die dessen Gestaltung unter Teilhabe aller Bürger*innen nach ökologisch-ästhetischen Werten.*

Campusgrün als Zusammenschluss vielzähliger grün-alternativer Listen im evidenzbasierten Wissenschaftskosmos erkennt die Veränderungsnotwendigkeiten in der Dringlichkeit an und sieht sich als einen Bestandteil von vielen Akteur*innen der Nachhaltigkeits-, Biodiversitäts- und Klimagerechtigkeitsbewegungen. Dabei wollen wir insbesondere die Hochschulen, sowie Studierenden- und Studentenwerke mit priorisiertem Nachdruck für die Gegenwart und Zukunft sozial- und umweltverträglich aufstellen. Wir stellen uns der Verantwortung die Lebensgrundlagen zu erhalten. Die radikal-ökologischen Maßgaben in den Studierendenschaften sollen dabei über die bestehenden Satzungs- und Ordnungsvorschriften hinaus standardisiert werden. Außerdem kämpfen wir für eine gesellschaftlich breit getragene, ökologische und sozial gerechte Ökonomie in einer ökosozialistischen Gemeinschaft.

Der Aufbruch aus dem kurzfristig Gewinn orientierten, Ungleichheit schaffenden und Ressourcen verbrennenden Kapitalozän muss in den Arbeitsstrukturen, den landes-, wie bundespolitischen Programmatiken der Studierendenschaften, sowie in den Vorlesungssälen, der Forschung und den Verwaltungen der Hochschullandschaft stattfinden. Deshalb positionieren wir uns für nachhaltig und ökologisch ausfinanzierte Hochschulen sowie Studierendenwerke. Diese müssen in der Infrastruktur, vor allem in den Liegenschaften, dem Fuhr- und Forschungsinstrumentenpark und in dem Ernährungsangebot regional, sozial gerecht produziert sowie betrieben und klimaneutral aufgestellt sein. Parallel zu der bis 2030 abgeschlossenen Infrastrukturwende, deren Prozess partizipativ und transparent dokumentiert für alle Statusgruppen aufzuschlüsseln ist, wird die bis dato anhaltende „Problembewusstsein-Verhaltens“-Lücke durch die Förderung

89 pazifistischer, kapitalismuskritischer und tierversuchsfreier Forschung und
90 Alternativen aufzeigender interdisziplinärer Lehre in allen Studiengängen
91 forciert.

92 Zu unserer Vision gehört die offene Bildung von nachhaltiger Entwicklung. Die
93 Vermittlung wird von unten organisiert durch Studierende und
94 Universitätsangestellten. Der motorisierte Individualverkehr wird ersetzt durch
95 einen flächendeckenden kostenfreien ÖPNV und Radwege.

96 * (Anm.: Definition entspricht jener von Öko. Gerechtigkeit nach
97 [http://www.bpb.de/apuz/30429/oekologische-gerechtigkeit-als-bessere-](http://www.bpb.de/apuz/30429/oekologische-gerechtigkeit-als-bessere-nachhaltigkeit?p=3)
98 [nachhaltigkeit?p=3](http://www.bpb.de/apuz/30429/oekologische-gerechtigkeit-als-bessere-nachhaltigkeit?p=3)).

99 SOZIALES

100 Inklusiv, sozial & antikapitalistisch:

101 Der zerstörerischen Arbeitsmarktorientierung in der Hochschulbildung ein
102 soziales, inklusives Ende setzen!

103 Die Teilhabe am politischen und sozialen Leben benötigt in allen Lebensbereichen
104 die Grundlage eines guten Miteinanders ohne Ausgrenzung. Sie setzt eine
105 gleichwertige Verteilung von Kapital- und Bildungsressourcen, unabhängig von
106 Diskriminierungen gegenüber im klassistisch-patriarchalen System
107 marginalisierten Gruppen voraus. Im aktuellen Status quo konstatieren wir
108 fehlende Akzeptanz für diverse Lebensentwürfe unterschiedlicher Herkunft und
109 eine daraus resultierende Spaltung der Gesellschaft, welche sich beispielsweise
110 im gestiegenen psychischen Leidensdruck äußert. Die Entfremdung des Menschen von
111 seiner Arbeit, die paternalistische Quantifizierung des ehemals Privaten abseits
112 der geregelten Arbeitszeiten bis hin zur Entkopplung von der unberührten Natur.
113 Dem entgegen streben wir das gute Leben im langfristigen Einklang miteinander
114 und dem Ökosystem an.

115 Campusgrün lehnt sich gegen die Ausbeutung und Ausgrenzung von Studierenden im
116 bestehenden Abhängigkeitsverhältnis zu den akademischen Strukturen auf. Wir
117 widersprechen dem marktorientierten Wettbewerb an Hochschulen, der in
118 Kombination mit einer chronischen Unterfinanzierung des Bildungssystems, soziale
119 und ökonomische Ungleichheiten zwischen Menschen und Regionen verstärkt. Gute
120 Studienbedingungen sollen, abseits der kapitalistischen Herrschaftshierarchien,
121 den Menschen in seiner jeweiligen Lebenssituation strukturell unterstützen und
122 seine Gesundheit* stärken - auch für das Leben nach dem Studium.

123 Hochschulbildung darf keine knappe Ware für ökonomisch und familiär
124 privilegierte sein und muss allen barrierefrei zugänglich sein. Für ein
125 inklusives Zusammenleben müssen die strukturellen Bedingungen gesichert sein.
126 Deshalb fordern wir:

- 127 • Der Hochschulraum muss Austeritätsüberlegungen widersprechend
128 ausfinanziert sein, sodass bedarfsgerechte Studienkapazitäten für alle und
129 über die Regelstudienzeit hinaus bereitgestellt werden können, um den
130 individuellen Leistungsdruck aufzulösen, welcher der solidarischen
131 Kooperation untereinander im Weg steht.
- 132 • Daraus leiten wir weiterhin unsere Ablehnung jeglicher Studiengebühren ab,
133 die Forderung nach einem elternunabhängigen, an den Wohnort angepassten,

134 dynamisch und ausreichend finanziertes BAföG und nach nicht-prekären
135 Arbeitsbedingungen für alle Beschäftigten an den Hochschulen ab. Für
136 Studierende bedeutet das vor allem ein mindestens tariflich abgesicherter
137 Lohn, der eine alternative Studienfinanzierung zum BAföG darstellen
138 sollte. Auch internationale Studierende sollten in Deutschland ebenfalls
139 während des Studiums selbstständig beschäftigt tätig sein dürfen.

140 *(Anm.: nach WHO Definition)

141 ANTIFASCHISTISCH

142 Klimakämpfe müssen antifaschistische Kämpfe sein!

143 Durch antisemitisch und rassistisch motivierte Anschläge zeigt sich, wie nötig
144 es noch immer ist, dass wir uns immer und überall gegen Rassismus und
145 Antisemitismus organisieren. Antifaschistische Theorie und Praxis sind gerade
146 dann nötig, wenn die selbsternannte "Mitte" der Gesellschaft angesichts
147 progressiver Bewegungen reaktionär mit der extremen Rechten kollaboriert.
148 Hochschule und Wissenschaft müssen analysieren, was rechte Positionen hegemonial
149 werden lässt - und Alternativen entwickeln, wie man sie verhindern und ihnen
150 etwas entgegensetzen kann. Dafür muss der Grundsatz gelten, dass Wissenschaft
151 immer politisch ist: Wahrnehmung und ihre Vermittlung können kein Abbild einer
152 bewusstseinsunabhängigen Realität, eines objektiven Ursprunges, abliefern.
153 Stattdessen wird das objektive „Normale“ durch historische Sozialisation und
154 Materialität konstruiert und definiert.

155 In der Hochschule, der hochschulpolitischen Organisation, und der gesamten
156 Gesellschaft ist kein Platz für Faschist*innen und Rassist*innen - stattdessen
157 gehen wir dem Grundsatz der Gleichheit nach. Wir stellen uns aktiv gegen
158 Machtinteressen, die jegliche Art diskriminierender Ideologien fördern,
159 insbesondere die, welche schädliches Konkurrenzverhalten hervorbringen.. Auch
160 die stillschweigende Tolerierung von Ungleichheit bedeutet aus unserer Sicht,
161 deren Fortbestehen zu gewährleisten. Wir boykottieren jede Art von
162 Menschenfeindlichkeit - auch über Hochschulen hinaus. Damit rechte Kräfte in
163 Deutschland nicht weiter als bisher bereits erstarken braucht es entsprechende
164 strukturelle Bedingungen (BAföG, Wohngeld, egalitäre Lehre, etc.), die eine
165 solidarische Organisation für alle gegen Rechts ermöglichen. Indem wir uns
166 gemeinsam (als Campusgrüne, aber auch zusammen mit weiteren hochschul- und
167 stadtweiten sowie internationalen Akteur*innen) für egalitäre Verhältnisse
168 einsetzen, können sich erst allgemeine Werte wie Respekt entwickeln und
169 manifestieren. Wir müssen uns für eine Lehre organisieren, die die Beschäftigung
170 mit Diskriminierung und gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit (wie z.B.
171 Rassismus, Sexismus und Antisemitismus etc.) behandelt und Demokratiebildung
172 beinhaltet. Auch müssen wir uns mit öffentlichen Veranstaltungen, Demos und
173 direkten Aktionen gegen rechte Kräfte stellen.

174 Campusgrün unterstützt also den Grundsatz, dass Aufgabe von antifaschistischer
175 Wissenschaft demnach sein muss, „sich mit ihrer Vergangenheit
176 auseinanderzusetzen und danach zu fragen, wie Gesellschaft und Individuen
177 verfasst sein müssen, um ein Wiedererstarken des Faschismus zu verhindern“* Wir
178 setzen uns dafür ein, dass die Auseinandersetzung mit der Geschichte
179 gesellschaftlicher (studentischer) Bewegung in umfassender Form gefördert wird,
180 aus der wir Schlüsse für unsere aktuelle politische Praxis ziehen können.

181 *(Christ/Sutherland 2014: Soziologie und Nationalsozialismus: Suhrkamp).

182 ÖKOFEMINISTISCH/QUEER-ECOLOGIES

183 In den kapitalistischen Kernländern wird die immanente Krisenhaftigkeit des
184 Kapitalismus beispielsweise im Sektor der Care-Arbeit sowie an der Verknappung
185 der für den propagierten Lebenswandel des Menschen als Konsumenten nötigen
186 natürlichen Ressourcen für immer mehr Menschen deutlich. Feministische Kämpfe
187 und die Überwindung der ökologischen Krise müssen zusammen gedacht werden.
188 Kapitalistische Gesellschaften sind patriarchale Gesellschaften: Sowohl die
189 Natur als auch Personen, die nichtentlohnte Care-Arbeit verrichten (insbesondere
190 Frauen) werden in ihnen systematisch als nur für das Kapital verwertbare
191 'Ressourcen' gehandelt. Es wird davon ausgegangen, dass sich Care-Arbeiten sowie
192 natürliche Organismen immer wieder regenerieren werden - sie also endlos der
193 Warenproduktion dienen können. Dementsprechend besteht ein Zusammenhang zwischen
194 verschiedenen Herrschaftsverhältnissen, welche die internationale Ausbeutung der
195 Natur legitimiert. Damit einhergehend werden Ungleichheiten zwischen arbeitenden
196 Menschen (insbesondere Personen, denen eine weibliche Geschlechterrolle
197 zugewiesen wird) aus dem "Globalen Norden" und "Globalen Süden" erhöht. Diese
198 Herrschaftsverhältnisse des Kapitals sind dieselben, die auch über den
199 Normalzustand der Heteronormativität bestimmen und ihn hegemonial machen.

200 Mit diesem Verständnis stellt der Ansatz der Queer Ecologies die vermeintliche
201 Verbundenheit von "Frau" und "Natur" in Frage: Wir gehen davon aus, dass
202 Geschlechtszugehörigkeit gesellschaftlich konstruiert ist – und nicht etwa
203 biologistischen Paradigmen folgt. Dementsprechend ist es ein Trugschluss, die
204 Gebärfähigkeit eines Menschen mit der Verantwortung zur gesellschaftlichen
205 Reproduktion gleichzusetzen. Eine biologisch bedingte "weibliche Praxis"
206 (unbezahlte Hausarbeit, Pflege, Kindererziehung), ist damit widerlegt.

207 Schlussendlich ist die Trennung zwischen "Natur" und "Kultur" demnach
208 machtpolitisch hergestellt. Dagegen wollen wir Campusgrüne den Raum dafür
209 schaffen, ein alternatives Verständnis von Produktivität diskutieren sowie die
210 künstliche Trennung zwischen Natur und Kultur neu verhandeln: Es sollte keine
211 Hierarchisierung zwischen beiden Modellen stattfinden; der menschliche,
212 historisch geprägte Blickwinkel ist nicht der einzige, der im internationalen
213 Gefüge zählt. Wir können und wollen nicht über jeden Organismus verfügen, ihn
214 beherrschen; sondern gehen von einer produktiven, gegenseitigen Unterstützung
215 aller aus.

216 INTERNATIONALISTISCH

217 Wir alle leben auf einem Planeten und dabei macht es keinen Unterschied auf
218 welchen Erdteil wir geboren sind. In Zeiten wachsender globaler
219 Herausforderungen wie dem Klimawandel, der Globalisierung, internationaler
220 Kooperationen und Konflikten, Interdependenzen sowie einer zunehmenden globalen
221 Öffentlichkeit müssen wir die engen Scheuklappen der nationalen Grenzen hinter
222 uns lassen und uns als eine Weltgesellschaft verstehen, die gemeinsam und
223 solidarisch diese Herausforderungen angeht. So anspruchsvoll die Veränderungen
224 einer sich globalisierenden Welt für einige auch sein mag, eine Rückkehr zur
225 Isolation lenkt lediglich von den Problemen ab und lässt diese nur noch größer
226 werden. Vielmehr sollten wir die Vielfalt und Vernetzung einer globalen
227 Menschheit als Chance sehen, alte Konflikte beizulegen und eine faire, freie und
228 fortschrittliche Weltgesellschaft zu fördern.

229 Eine global vernetzte akademische Gemeinschaft ist für viele Beteiligte jetzt
230 schon eine Selbstverständlichkeit und als Studierende profitieren wir von dieser
231 Offenheit und gestalten sie aktiv mit. Wissenschaft und ein solidarisches
232 Studium müssen dazu beitragen Grenzen und Vorurteile abzubauen. So muss sich in
233 Seminaren mit verschiedenen Demokratiekonzepten auseinandergesetzt werden und
234 sich mit Konzepten der Konfliktvorbeugung beschäftigt werden. Die Antwort auf
235 Konkurrenz und Krieg kann nur eine globale sein und somit ist globale
236 Bildungsarbeit nichts anderes als eine weitere Form der Friedensarbeit: Mit
237 Waffen führt man Kriege, mit Theorie und Praxis beendet man sie! Dabei ist uns
238 nur zu sehr bewusst, dass eine globale Gesellschaft nicht bedeuten darf, ein
239 europäisch-nordamerikanisches Gesellschaftsmodell auf die gesamte Welt
240 auszuweiten, sondern allen Menschen die Mitgestaltung dieser Gesellschaft zu
241 ermöglichen. Das heißt, Menschen des globalen Südens, marginalisierten Gruppen
242 und die ökonomisch Benachteiligten in alle Entscheidungsprozesse mit
243 einzubeziehen. International heißt immer solidarisch zu sein!

244 Als Campusgrüne wollen wir bei allen unseren Entscheidungen die globale
245 Bedeutung mitdenken. Wir versuchen unsere theoretischen Überlegungen und daraus
246 resultierenden Aktivismus zu internationalisieren. Doch auch vor Ort versuchen
247 wir, dafür die Hürden für Beteiligung abzubauen, diskutieren Perspektiven und
248 Ideen gemeinsam (egal, welcher Herkunft wir sind) und versuchen Räume zu
249 schaffen, damit sich Studierende eine Stimme geben können, egal welche Sprache
250 sie sprechen. Wir widersetzen uns jeder Form der Menschenfeindlichkeit und
251 treten ausschließenden Ideologien wie Rassismus, Antisemitismus und
252 Antiziganismus mit aller Kraft entgegen. Wir engagieren uns für Projekte im
253 Bereich internationaler gemeinsamer Praxis, der Friedens- und Anti-Kriegsarbeit,
254 der (Post)Kolonialismuskritik und der globalen Solidarität mit unterdrückten,
255 verfolgten und ausgebeuteten Menschen.

256 GEWALTFREI

257 Gewalt verhindert einen freien und gleichen Diskurs und ist deshalb niemals
258 legitimes Mittel grüner Politik.

259 Sobald einem Lebewesen Gewalt angetan wird, entstehen Schmerzen, entstehen Angst
260 und Wut und langfristig entsteht weitere Gewalt. Ob diese berechtigte Gegenwehr
261 ist oder eine weitere Eskalation, zu einer gemeinsamen und gerechten Lösung
262 führt es in keinem Fall. Stattdessen entstehen neues Leid und mehr Gewalt. Jede
263 Gesellschaft muss daher Wege finden Konflikte ohne Gewalt zu lösen, doch wir
264 sehen in der Welt, dass dies ein selten erreichtes Ideal ist. Gewalt ist nicht
265 nur körperlich, sondern kann auch seelisch sein oder versteckt ausgeübt werden.
266 Manchmal ist Gewalt den Beteiligten, weder Opfer noch Täter*innen völlig
267 bewusst, aber sie geschieht trotzdem. Es ist daher unser aller Aufgabe Gewalt
268 aufzudecken und Wege zu finden sie zu verhindern, nicht durch Vergeltung,
269 sondern Aufklärung. Das gilt für einen Streit unter Freund*innen bis hin zu
270 kriegesischen Auseinandersetzungen zwischen Staaten. Frieden muss in allem
271 Handeln oberstes Ziel sein, durch das Ansprechen der Gewalt, das Aussprechen
272 zwischen den Konfliktparteien und das Auflösen der Konfliktsituation.

273 Als Campusgrüne kämpfen wir für eine friedliche Welt, aber mit Worten und
274 gewaltfreier Aktion. Wir glauben, dass vor allem die Wissenschaft in der Pflicht
275 steht Wege friedlicher Konfliktlösung und gewaltfreien Zusammenlebens
276 aufzuzeigen. Aus diesem Grund lehnen wir jegliche militärische Forschung oder

277 kriegerische Nutzung von Forschung ab und fordern eine strenge Zivilklausel für
278 alle staatlichen Hochschulen. Stattdessen ist die Arbeit der Friedensforschung
279 und Konfliktprävention stärker zu fördern. Hochschulen sollen auch jenseits
280 ihrer Forschung ein gewaltfreier Ort sein, Übergriffe jeglicher Art müssen
281 restlos aufgeklärt und geahndet werden und das gesellschaftliche Klima sollte so
282 gestaltet sein, dass sich alle Beteiligten sicher und wohl fühlen können.

283 ZUR GESELLSCHAFTLICHEN VERANTWORTUNG VON WISSENSCHAFT

284 Wissenschaft soll für gesellschaftliche Emanzipation und Wohlstand sorgen,
285 kritisch und frei sein und gleichzeitig im Dienst der Gesellschaft stehen.

286 Sie kann nur für gesellschaftliche Emanzipation, Innovation und Wohlstand sorgen
287 und gleichzeitig kritisch und unbequem sein, wenn sie frei ist, d.h. frei von
288 politischen oder ökonomischen Einschränkungen. Außerdem kann Wissenschaft und
289 Forschung nur funktionieren, wenn sie gesellschaftlich akzeptiert und
290 wertgeschätzt werden. Wissenschaft sollte durch demokratische Prozesse aber auch
291 so gesteuert werden können, dass sie sich mit Herausforderungen wie der
292 Klimakrise und der Digitalisierung auseinandersetzt. Dabei ist es entscheidend,
293 dass sie sich den Normen einer pluralen und demokratischen Gesellschaft
294 verpflichtet fühlt, die gleichzeitig die Grundlage für ihre freie Entfaltung
295 sind.

296 Wissenschaftliche Auseinandersetzung ist dabei immer zugleich Produkt und
297 Produzent gesellschaftlicher Diskurse und Kämpfe, Themen aus dem öffentlichen
298 Diskurs "diffundieren" ständig in die wissenschaftliche Sphäre und umgekehrt.
299 Aufgrund dieser gesellschaftlich geprägten Heterogenität muss das Streiten in
300 der Universität der Grundsatz jeder Disziplin werden. Gegen die
301 Geschichtsvergessenheit und versuchte Neutralisierung muss die Wissenschaft
302 danach fragen, wie es zum Auftreten gesellschaftlicher Herausforderungen kommt,
303 in welcher Breite sie Fuß fassen und was wir gegen sie tun können. Dabei
304 definieren rechte, diskriminierende Positionen endgültig die Grenzen der
305 wissenschaftlichen Lehrbefugnis. Sie mögen legal sein – aber in Hinblick auf
306 eine solidarische Gesellschaft gar keinen Fall legitim!

307 Für uns ist die Garantie von Wissenschaftsfreiheit daher essenziell. Campusgrün
308 kämpft dafür, dass die Wissenschaft in allen Fachbereichen optimale
309 gesellschaftliche und finanzielle Bedingungen vorfindet. Sie muss
310 rechtsstaatlich so abgesichert sein, dass sie frei ist von politischem Druck,
311 d.h. der gesamte Forschungsprozess muss politisch und auch gesellschaftlich
312 nicht erwünscht sein. Es genügt jedoch nicht nur, wenn Wissenschaftsfreiheit
313 gesetzlich garantiert ist, sie kann nur existieren, wenn Forschende auch die
314 finanziellen Mittel und die Zeit besitzen, sich mit ihrer Disziplin
315 auseinanderzusetzen. Dazu braucht es eine ausreichende und verlässliche
316 Grundfinanzierung der Hochschulen und wissenschaftlichen Institute sowie nicht-
317 prekäre und familienfreundliche Beschäftigungsverhältnisse. Wettbewerb um die
318 Vergabe von Geldern darf eine ausreichende Grundfinanzierung nicht ersetzen.
319 Zugleich setzen wir uns dafür ein, dass Wissenschaft und Gesellschaft in einem
320 ständigen Dialog miteinander stehen. Es müssen gesellschaftliche Diskussionen
321 über die Folgen von Technologien und neuen wissenschaftlichen Erkenntnissen
322 hinsichtlich ihrer ethischen und ökologischen Konsequenzen stattfinden.
323 Wissenschaftler*innen stehen aber auch in der Pflicht, ihre Arbeit transparent
324 zu kommunizieren. Ihre Rolle als Akteur*in z.B. in der Politikberatung muss

- 325 offen kommuniziert und diskutiert werden. Transparenz von wissenschaftlichem
326 Nutzen, aber auch eigenen Interessen, Regeln und Funktionsweisen, auch von
327 Fehlern und Skandalen ist entscheidend, um langfristig das Vertrauen der
328 Gesellschaft zu gewinnen und zu erhalten.
- 329 Gesellschaft und Politik haben die Aufgabe die Voraussetzungen für freie
330 Wissenschaft und Forschung zu schaffen und Wissenschaftler*innen müssen sich den
331 demokratischen Normen und stückweise den gesellschaftlichen Forderungen an ihre
332 Arbeit anpassen und sich ihrer gesellschaftlichen Verantwortung bewusst sein.